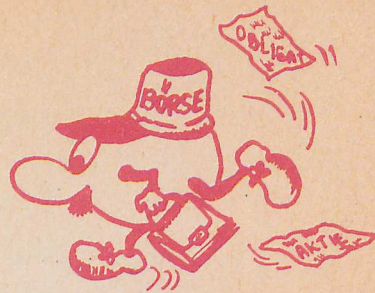


DER ROTE BÖRSENKRACH



NACHRICHTEN AUS LEHRE, INDUSTRIE UND FINANZ

Wintersemester 77/78
Nummer 6, Ende Nov.77

HÖRERVERSAMMLUNG

HÖRERVERSAMMLUNG

HÖRERVERSAMMLUNG

DER FAKULTÄTSVERTRETUNG SOWI

=====

ZEIT: DIENSTAG 12 UHR HÖRSAAL 23

=====

- Tagesordnung:
- Ersatz für Prof. Nußbaumer
 - Berufungsangelegenheit Tuchtfeldt
(siehe die Artikel dazu im inneren)
 - Bildung eines Arbeitskreises zur
Sowi-Reform
 - Diffamierung der Mehrheitsfraktion in
der Fakultätsvertretung durch den Kurier
(siehe Sonntagskurier Seite 3)

=====

ZEIT: DIENSTAG 12 UHR HÖRSAAL 23

=====

HÖRERVERSAMMLUNG

HÖRERVERSAMMLUNG

HÖRERVERSAMMLUNG

"HERRSCHAFT LEBT VON NICHT'ÖFFENTLICHKEIT"(O.Negt)

Nicht -Öffentlichkeit herrscht auch bei uns, z.b. bei Berufungsverhandlungen und Berufungsangelegenheiten. Die Studenten bekommen diejenigen Prof. vorgesetzt, die von den anderen Prof. für "gut" befunden werden. Für "gut" befunden werden fast ausnahmslos politisch konforme - sprich konservative - Prof. und persönlich konforme: jeder Prof. versucht seinen speziellen Freund auf die Berufsungsliste zu bekommen, da dies seine Position gegenüber den anderen Prof. stärkt. Denn ebenso wie die Unternehmer um Marktanteile wetteifern, bekämpfen sich die Prof. gegenseitig und konkurrieren um wissenschaftliche Marktanteile, d.h. jeder ist dem anderen - dessen wissenschaftlichen Ruf neidig, jeder versucht mit beinahe allen Mitteln - Intrigen etc. - als der bessere Wissenschaftler zu erscheinen. Doch ebenso wie sich untereinander zerstrittenen Kapitalisten gegenüber einer aufmüpfigen Arbeiterschaft miteinander solidarisieren, sind sich die rechten Prof. in ihrer prinzipiellen Ablehnung der aufmüpfigen Studenten einig.

Der jetzt pensionierte Univ. Prof. Pütz wollte bei der Berufsungsangelegenheit, die seine Nachfolge betraf, ganz sicher sein: Er schlug seine Frau, derzeit an der Salzburger Uni unterrichtend, als seine Nachfolgerin vor, wohl damit die ideologische und persönliche Kontinuität gewahrt bleibe oder wie er es im nachfolgenden Brief verschämt ausdrückt, damit seine "über zwei Jahrzehnte dauernden Bemühungen um Aufbau und Ausbau einer wissenschaftlichen Wirtschafts- und Sozialpolitik fortgesetzt wird".

Nachdem das den anderen Prof. doch zu viel des "Guten" war, gelang es Pütz einige seiner "Freunde" aus dem Verein für Sozialpolitik auf die Berufsungsliste zu bringen. (Im Verein für Sozialpolitik nimmt ÖVP-Wirtschaftsbundprof. die Stellung eines Linksaußen ein, ja er dürfte beinahe schon Sympathisant sein.)

Es ist verständlich, wenn Pütz - nachdem die Berufung Tuchtfeldts durch Widerstand gegen ihn, der bis in ÖVP-nahe Kreise hineinreichte, unwahrscheinlich geworden ist und eine Berufungskommission durch das "Nachschieben" von

Doz. Winckler auf die Berufungsliste den Ministerium einen recht klaren Wink gegeben hat, wen es berufen soll - seine Felle davonschwimmen sieht. (siehe nachfolgenden Brief)

Was uns jedoch auf den ersten Blick nicht verständlich erscheint, ist das Gerücht, daß Prof. Weber Herrn Tuchtfeldt dazu bewogen haben soll, von sich aus die Berufungsverhandlungen mit dem Ministerium nicht abzuberechen, daß Tuchtfeldt trotz seiner Ablehnung durch breite Kreise also weiterhin darauf beharren soll nach Wien zu kommen, obwohl Weber doch selbst indirekt gegen Tuchtfeldt gestimmt hat, als er als Mitglied der Berufungskommission ebenfalls für Doz. Winckler stimmte.

Auf den zweiten Blick erscheint dieses Gerücht dann aber doch wieder nicht so unwahrscheinlich: Weber ist ein gestandener Konservativer - Tuchtfeldt ein Reaktionsnär; diese zwei Typen von Gewinnungen haben sich schon oft genug die Hände gereicht.

Es ist in der derzeitigen Situation nicht so ohne weiteres möglich, offen für einen Prof. einzutreten, (was sich allerdings schnell ändern kann) der für die österr. Wirtschaftspolitik in etwa dasselbe vorschlägt, was in Chile nur durch tausende von Opfern (Zerschlagung der Gewerkschaften und Parteien, Arbeitslosigkeit von 20 %, Inflation von einigen 100 %, KZ's, staatlicher Terror, etc.) erreicht werden konnte und der in der Sozialdemokratie einen Wegbereiter des Kommunismus östlicher Prägung sieht. Da man es eben nicht öffentlich bekunden kann, tut man es geheim. Weber möglicherweise auch. (vielleicht auch die anderen Prof.) Wir fordern Prof. Weber auf, zu den Gerüchten, die sich gegenwärtig in dieser Sache um ihn drehen, Stellung zu nehmen.

Eigentümer, Herausgeber, Verleger, Vervielfältiger und für den Inhalt verantwortlich: Kurt Langbein, Weigandhof 5 1100 Wien.

Univ. Prof. Dr. Theodor Pütz
Wien

4. Juli 1977

An den
Herrn Dekan der Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlichen
Fakultät der Universität Wien
Univ. Prof. Dr. Wilhelm Weber
1010 W i e n
Lueger-Ring 1

Sehr geehrter Herr Dekan,

Obwohl ich als Emeritus nicht mehr aktiv an Fakultätsge-
schehen teilnehmen kann, verfolge ich doch mit Interesse
die Entwicklung der neuen Sowi-Fakultät. Da ich beraten-
des Mitglied der Berufungskommission für die durch meine
Emeritierung frei gewordene Lehrkanzel war, berührt mich
vor allem der Fortgang der Berufsangelegenheit. Des-
halb erlaube ich mir, ihnen und dem Fakultätskollegium
einige Erwägungen vorzutragen. Unmittelbarer Anlaß für
dieses mein Schreiben ist der Artikel "Sachliche Wissen-
schaft ?" in Juni-Heft 1977 von "Arbeit und Wirtschaft".

Ich bin entsetzt darüber, in wie unqualifizierter und
skandalöser Form und mit wie primitiver ideologischer
Polemik beleidigende Angriffe gegen Herrn Prof. Tuchtfeldt
und auch - direkt und indirekt - gegen Sie und die Herren
Streißler und Bös gemacht werden.

Ebenso erstaunt und entrüstet bin ich darüber, daß (nach
den Ausführungen des Artikels zu schließen) auch das Direk-
torium des Instituts für Höhere Studien und die Abteilung
Wissenschaft der Arbeiterkammer Oberösterreich die prin-
zipiell gleiche Einstellung und Auffassung zu haben schei-
nen wie "Arbeit und Wirtschaft" und sich offensichtlich be-
mühen, durch eine entsprechende Beeinflussung des Bundes-
ministeriums für Wissenschaft und Forschung die Berufung
von Herrn Tuchtfeldt zu hintertreiben.

Ich bin der Meinung, daß die Sowi-Fakultät der Universi-
tät Wien und insbesondere deren Nationalökonominnen sobald
wie möglich und in wirksamer publizistischer Weise Stellung
nehmen sollten und dabei nicht nur Herrn Tuchtfeldt sondern
auch den ganzen Berufungsvorschlag Kulp - Tuchtfeldt - Dürr
verteidigen sollten; und dies nicht nur gegenüber der
Öffentlichkeit sondern auch gegenüber dem Ministerium.

Nach meinen letzten, möglicherweise schon überholten Informationen hat Herr Tuchtfeldt noch nicht zu- oder abgesagt. Er wird aber gewiß absagen, wenn er erfährt, daß die Wiener Fakultät vor den vielfältigen Angriffen und Interventionen zu resignieren scheint. Diesen Eindruck muß man haben, wenn man hört, daß inzwischen die Berufungskommission zusammengetreten ist und (mit Stimmeneinheit?) den bisherigen Dreivorschlag durch Herrn Univ. Doz. Dr. Winckler zu "verlängern" sucht - ehe überhaupt das Ministerium den bisherigen Dreivorschlag ausgeschöpft hat. Meiner Meinung nach ist ein derartiges "Nachschieben" unvereinbar mit § 29 UOG.

Es ist zu erwarten, daß Herr Dürr über den Verlauf der Berufsangelegenheit orientiert sein wird, wenn er nach evtl. Absage von Herrn Tuchtfeldt die Berufung erhalten sollte. Ich fürchte, daß er unter solchen Umständen kein Interesse zeigen wird.

Herrn Kollegen Winckler schätze ich wissenschaftlich und persönlich sehr und wünsche ihm das Beste für seine berufliche Weiterentwicklung. Sie wissen, daß ich in der langen Zeit meiner Zugehörigkeit zur Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien in den Fakultätssitzungen bei gegebenem Anlaß immer gegen Hausberufungen von Dozenten argumentiert habe. Zudem wäre - meiner Ansicht nach - Herr Winckler nach seinen Publikationen und Vorlesungen wenig geeignet für die Betreuung einer Lehrkanzel, die bisher der Forschung und Lehre auf den Gebieten der Wirtschafts- und Sozialpolitik gewidmet war. Ich würde es sehr bedauern, wenn meine über zwei Jahrzehnte dauernden Bemühungen um Aufbau und Ausbau einer wissenschaftlichen Wirtschafts- und Sozialpolitik an der Universität Wien nicht fortgesetzt würden.

Eine Kopie dieses meines Schreibens sende ich mit gleicher Post an den Dekan der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Univ. Wien und an die Herren Streißler, Nußbaumer und Bös. Sobald ich erfahre, daß Herr Tuchtfeldt die Berufung abgelehnt hat, werde ich ihn von meiner Sicht der Dinge orientieren.

Darf ich Sie ausdrücklich bitten, mein Schreiben dem Fakultätskollegium und den Mitgliedern der Berufungskommission zur Kenntnis zu bringen.

Mit kollegialen Grüßen

Th. Th. Pütz

SOZIALISTISCHE POLITIK UND REFORM DES SOWI-GESETZES

Seit über zwei Jahren übt die Bundeswirtschaftskammer (= gesetzlicher Vertreter d. österr. Unternehmer) in Bezug auf die Veränderung des Sowi-Studiums Druck auf das Wissenschaftsministerium aus: Soziologie und Mathe/Statistik sollen zugunsten von mehr Fremdsprachen gekürzt werden. Der bekannt konservative Rektor der Wirtschaftsuniversität Brusatti produziert ebenfalls laufend Reformvorschläge, die in eine ähnliche Richtung gehen. Er wettert nur zusätzlich noch gegen die faulen Studenten und das niedrige Niveau, was auf die zu große Lernfreiheit der Studenten zurückzuführen sei: Mehr lernen in kürzerer Zeit - mehr auf die Bedürfnisse der Unternehmer ausgerichtete Lehrinhalte, darauf laufen seine Vorschläge hinaus.

Jedem von uns ist die Misere der gegenwärtigen Studiensituation (Studienaufbau, unzusammenhängende Lehrinhalte, autoritäre und elitäre Lehrformen u. Professoren, konservative Ideologien, etc) aufgrund leidvoller Erfahrungen bekannt.

Man braucht weder Sozialist noch Kommunist zu sein, um eine positive Veränderung der gegenwärtigen Studiensituation zugunsten der Studenten für wünschenswert zu halten: sinnvollerer Studienaufbau, weniger Prüfungen, andere Inhalte, bessere Lehrformen.

Doch als Linker an eine Reform des SOWI-Studiums heranzugehen, heißt seine Ansprüche etwas höher stellen; als Linker kommt es mir vor allem darauf an, daß die Studenten in ihrem Studium und/oder neben bzw. außerhalb ihres Studiums diese Gesellschaft als kapitalistische Klassengesellschaft begreifen, die die menschlichen Beziehungen auf Herrschaftsbeziehungen reduziert und die durch antikapitalistisch-sozialistisches Handeln (Praxis) überwunden werden kann. Mit anderen Worten: die Reformierung des Sowi-Studiums ist unter dem Gesichtspunkt zu betrachten, inwieweit ein anders gestaltetes Studium sozialistische Politik behindert oder begünstigt.

Durch eine Reform des SOWI-Studiums wird vorerst lediglich der formale Ablauf des Studiums, ev. die Lehrformen

und bestimmte Lehrinhalte geändert. Nicht geändert wird damit die räumliche Gestaltung der Universität, die finanzielle Situation der Universität und v. a. die Personalstruktur und -zusammensetzung an der Universität. Die letzteren Faktoren bestimmen aber die Studiensituation wesentlich stärker als es irgendwelche Veränderungen des Sowi-Gesetzes vermögen. In Wirtschaftskrisen und Stagnationsphasen des Kapitalismus "fehlen" nun einmal die finanziellen Mittel zu mehr oder besseren Hörsälen und zu einer Erweiterung des Lehrpersonals. In den nächsten 20 Jahren dürfte sich Personalstruktur und -zusammensetzung an den Österr. Universitäten nicht sehr stark ändern. Vielleicht gelingt es, den einen oder anderen linken Sozialdemokraten zu berufen. Im wesentlichen jedoch bleiben die Universitäten von einem konservativ-reaktionären Professorenklüngel beherrscht.

Unter diesen Bedingungen könnte man sich z. B. vorstellen, daß Prof. Streißler vor weiterhin überfüllten Hörsälen eine Vorlesung zur Einführung in den Marxismus hält. Was daran für Sozialisten und andere Linke an fortschrittlichem zu finden ist, bleibt unklar. Die Erkenntnis der relativ beschränkten Einflußmöglichkeiten einer kaum existenten Studentenbewegung und unter den Bedingungen einer noch weniger existenten Bewegung der Arbeiterklasse, heißt nun aber keineswegs, daß darauf verzichtet wird, in Berufsangelegenheiten, insbesondere durch die Mobilisierung der Studenten Marxisten an die Uni zu berufen. Man muß sich nur der niedrigen Wahrscheinlichkeit der Erfüllung dieser Forderung bewußt sein.

Wird nun die formale Änderung des Studienablaufs, der Studieninhalte und -formen durch ein Sowi-Reform vor diesem Hintergrund gesehen, so verliert eine solche Reform einiges an ihrer Bedeutung für aktuell sozialistische Politik an der Hochschule, d. h. die optimale Verwendung (Allokation) der Produktivkräfte der Linken ist nicht gewährleistet, wenn Fragen wie die Sowi-Reform Priorität genießen.

Weniger Prüfungen erleichtern eher linke HS-Politik,

da die Studenten mehr Zeit haben, über sich selbst und gesellschaftliche Verhältnisse nachzudenken und so die Widersprüche dieser Gesellschaft besser erkennen. Doch welcher ÖSÜler ist nicht für weniger Prüfungen.

Ein projektorientiertes Studium stellt eine bessere Form der Aneignung von Wissen dar, doch die bessere Form wird bei uns immer noch von Streißler, Nußbaumer & Co bestimmt, vorausgesetzt sie sind überhaupt in der Lage und Willens dazu.

Bisher ist die Frage der Durchsetzbarkeit dieser Forderungen (bessere Prüfungsbedingungen, weniger Prüfungen, projektorientiertes Studium) noch gar nicht gestellt worden. Ohne eine entsprechende Mobilisierung und militante Aktivierung dürften selbst Prüfungserleichterungen und Projektstudium nicht durchsetzbar sein. Doch gibt es in der ganzen Geschichte der Studentenkämpfe keinen Hinweis dafür, daß die Forderung nach Studienreform die Massen mobilisiert hätte. Die "alte" Studentenbewegung von 1968 führte ihre Kämpfe v.a. mit allge-meinpolitischen Inhalten; die derzeitige Bewegung in der BRD und anderen westeuropäischen Ländern wehrt sich v.a. gegen eine totale Verschulung, Disziplinierung und Industrialisierung des Studiums, sowie gegen politische Unterdrückung.

Die sogenannten Reformuniversitäten in der BRD waren meist ein Nebenprodukt studentischer Massenkämpfe; Tutoren, Assistenten, Dozenten und Professoren rekrutierten sich zu einem nicht kleinen Teil aus einer Studentenschaft, die selbst entweder an früheren Kämpfen selbst teilgenommen hat, bzw. diesen Kämpfen positiv bis neutral gegenübergestanden ist.

Gänzlich anders ist die Situation in Österreich - auch an den Sowi-Fakultäten; weder Studentenkämpfe bemerkenswerterer Art noch die leisesten Ansätze von einer linken Personalzusammensetzung auf den Unis.

Gerade die Einsicht in die beschränkte Mobilisierungskraft und Politisierungskraft von Studienreformforderungen ist ein zusätzlicher Grund zur Relativierung der Bedeutung dieser Aktivitäten für sozialistische Hochschulpolitik

An Kurt Langbein zu

der Rote Börsenkrach, 5/1977 S.1

Kurz folgende Antwort in der Sache!

1) Aufgrund Erl. BMfWuF 51.635/1-11/76 vom 23.9.1976 ist meine Lehrverpflichtung für die Studienjahre 1976/1977 und 1977/1978 eingeschränkt worden - allgemeine Begründung:

Zeitweilige Wahrnehmung akademischer Funktionen. -

Interessierten (nicht folgsamen) Assistenten bleibt (nicht: die ganze Arbeit) aktive Gestaltung im Seminar, in enger Verbindung zu gleichzeitiger eigener wissenschaftlicher Arbeit anderart von ihnen selbst vorgeschlagener Seminarthematik,.

2) Die Ausbildung im Fach "Finanzwissenschaften" ist für Juristen, wie für Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler objektiv voll garantiert - im Zusammenwirken von Professoren und Lehrbeauftragten. So wird es auch bei Wahrnehmung von "Forschungssemester n" bleiben.

Wien 22. November 1977

Wilhelm Weber

Auf unseren Artikel W.W. im letzten Börsenkrach wurde also prompt geantwortet. Bald nach Erscheinen der Nummer 5 erreichte uns obiges Schreiben von Prof. Weber, der selbst ein eifriger Leser dieser Zeitung ist.

Fürs erste wollen wir nur festhalten, daß mit obigem Schreiben die Probleme der Studenten in diesem Fall keineswegs gelöst sind.

Erklärung betreffend "Sympathisanten" :

Die Beschuldigung gegenüber zwei Studienrichtungsvertretern, die auch an den Diskussionen in der LiLi teilgenommen haben, an der Palmersentführung beteiligt zu sein, macht es notwendig, daß die Mandatare der LiLi dazu Stellung nehmen:

Das Stichwort "Sympathisanten der RAF" ist und wird für die bürgerlichen Medien und die bürgerlichen und reaktionären Kräfte der lange, heißersehnte Anlaß sein, unter dem Deckmantel "hausgemachte Terroristen" (Kurier, 25.11.77) "Prophylaktische Maßnahmen gegen den Terror zu setzen" (Presse, 25.11.77)

Das Ziel ist nicht so sehr den "Terrorismus" zu treffen, als die Linke politisch zu desavouieren und Ansätze fortschrittlicher und antikapitalistischer Politik als "Terrorismus" abzutun. In diesem Sinn fordern wir die Freilassung aller in diesem Zusammenhang Inhaftierten, denen keinerlei Verbindung zur Entführung angelastet werden kann.

Das Anliegen der LiLi war es, einen neuen Anstoß für sozialistische Hochschulpolitik zu geben, d.h. den Zusammenhang zwischen den Problemen im Ausbildungssystem und dem kapitalistischen Charakter der Gesellschaft aufzuzeigen, die marxistische Kritik an den bestehenden Zuständen zu entwickeln und die Studenten für das Ziel einer sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft durch die Arbeiterbewegung zu interessieren. Darüberhinaus versuchten wir auf die Situation der Völker der dritten Welt aufmerksam zu machen und unterstützten die sozialistische Opposition in den Oststaaten.

Unter dem Eindruck der Ereignisse in der BRD wurde auch in der LiLi eine Diskussion über die "Methoden und Ziele des Terrorismus" geführt, mit dem Ziel die falsche und schädliche Orientierung einer solchen Strategie aufzuzeigen.

Ein Zusammenhang zwischen den politischen Vorstellungen,

die die Plattform der LiLi darstellen und einer wie immer gearteten politischen Rechtfertigung von Entführungsaktionen besteht in keiner Weise. Welche Motive und Ziele auch immer hinter der , an der Beteiligung an der Palmersentführung Beschuldigten stehen mögen, ihre Entwicklung fand außerhalb der LiLi statt. Es ist bedauerlich, daß die fortschrittliche Bewegung der politischen Unklarheit der Betroffenen nicht besser begegnen konnte.

Da die LiLi allen an der Mitarbeit Interessierten offenstand, war es jedoch möglich, daß Studenten, deren andere Zielsetzungen sich erst später herausstellten, an den Diskussionen teilnahmen. Die LiLi war ein offenes Wahlbündnis verschiedener linker Strömungen , hatte offene Strukturen und keine formale Mitgliedschaft, weshalb ein formaler Ausschluß einzelner Personen nicht möglich war. Dessen ungeachtet haben, die die LiLi tragenden Organisationen und Gruppen eindeutige Stellungnahmen gegen den individuellen Terror abgegeben.

Sämtliche "LiLi-Infos" beruhen nicht auf gemeinsamen Positionen der an der LiLi Beteiligten. Erklärungen, die nicht von den Mandataren der LiLi gezeichnet sind, geben nicht unsere Meinung wieder.

Der Rote Börsenkrach